

## **PRO HEMSBACH e.V.**

Vorsitzende: Marlies Drissler, Kiefernweg 19, 69502 Hemsbach  
Telefon: 06201-492089, Fax: 06201-492099,  
E-Mail: mail@marlies-drissler.de



### **Landtagsbüro**

04.01.2024

### **Landtagsfraktion**

Sehr geehrte/r.....

beiliegend übersenden wir Ihnen unser Schreiben an Herrn Ministerpräsident Kretschmann in Kopie. Wir sind der Auffassung, dass es einen breiten politischen Willen in unserem Land bedarf, da das Konzept der Kinderbetreuung und deren Kostenverteilung dringend modernisiert werden muss. Es muss an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden.

Seit längerem weisen die Grundschulen auf die Problematik hin, dass vielen Kindern die frühkindliche Bildung, sprachliche Entwicklung und Sozialisierung fehlt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man die Heterogenität der Kinder in den Kitas und ihre unterschiedlichen Voraussetzungen in den Blick nimmt. Trotzdem reagiert Baden-Württemberg in Bezug auf die Konzeption der frühkindlichen Bildung nicht.

Viele Krippen und Kitas können ihrem Bildungsanspruch nicht gerecht werden und werden zur reinen Betreuungsstätte. Gleichzeitig lesen wir, dass viele Kinder in unserem Land ohne Bildungsabschluss die Schulen verlassen und nicht in eine berufliche Ausbildung eintreten.

Erschwerend kommt hinzu, dass das pädagogische Angebot aufgrund des Personalmangels in vielen Krippen und Kindergarteneinrichtungen eingeschränkt ist. Dadurch leidet die frühkindliche Bildung, ein Defizit, welches sich dann im weiteren schulischen Weg manifestiert. Oftmals können Kitas nur eine reine Betreuung anbieten.

Die Folge sind nicht nur fehlende Fachkräfte, sondern auch Menschen, die von den Sozialsystemen aufgefangen werden müssen. Dieser Teufelskreis kann nur mit einer breiten politischen Mehrheit durchbrochen werden.

Für jeden nicht ausgegebenen Euro in der Lebensphase Krippe, Kita und Schule muss später mit sehr viel mehr Geld dagegen gesteuert werden. Sie wissen, dass der Erfolg hier in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. Es ist eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Staates.

Häufig werden Öffnungszeiten wegen Personalmangels reduziert, Kitas und Kindergärten sind sogar 30 Tage in der Ferienzeit geschlossen. Wie sollen hier Eltern, Beruf und Kinderbetreuung bei einem gesetzlichen Urlaubsanspruch von 20-30 Tagen miteinander in Einklang bringen?

Die Folge ist, dass in vielen Familien die Kinder nicht oder maximal halbtags in Kindergärten angemeldet werden. Meist sind es dann die Mütter, die auf eine sozialversicherungspflichtige Berufstätigkeit gänzlich verzichten oder „nur“ einem steuer- und sozialabgabenfreien Minijob nachgehen,

weil die Qualität und Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen eine Berufstätigkeit stark einschränken.

Ein weiteres Hindernis ist die Tatsache, dass in Baden-Württemberg viele Gemeinden einkommensgestaffelte Kitagebühren erheben. Hier wirkt sich aus, dass der Mehrverdienst aus einer regulären Beschäftigung durch höhere Steuern, Sozialabgaben und höhere Kitabeiträgen nahezu komplett aufgezehrt wird. Für sehr viele Mütter, insbesondere in der Mittelschicht, hat der zeitliche Mehraufwand einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung unter den aktuellen Bedingungen unterm Strich keinen finanziellen Mehrwert gegenüber einem Minijob, insbesondere wenn mit Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Jobs gleichzeitig die zu entrichtenden Kitagebühren stark ansteigen.

Einen zweiten Punkt, den wir direkt ansprechen, ist die Tatsache, dass der Preis für Krippe und Kita eine gesellschaftliche Dysbalance darstellt. Für einen Teil der Gesellschaft ist es kein Problem die Kosten zu tragen, für den anderen Teil, insbesondere die Mittelschicht, ist es ein Problem geworden.

Eltern mit einem gemeinsamen Bruttojahreseinkommen von 70 000 Euro müssen in unserer Gemeinde Hemsbach an der Bergstraße mit einem Krippenkind und einem Kindergartenkind einschließlich Verköstigung fast 900 Euro bezahlen. Das entspricht etwa 20% des verfügbaren Nettoeinkommens einer Familie, die nur für Kinderbetreuung ausgegeben werden müssen. Man kann hier sicher nicht von einem familienfreundlichen Baden-Württemberg sprechen.

Das Thema der Ungleichheit setzt sich fort. Wie können wir bei unserem Fachkräftemangel auf diese wertvollen Arbeitskräfte verzichten? Hinzu kommt, dass es wieder die Frauen sind, die dadurch für sich keine ausreichende Sozialabsicherung / Altersversorgung erarbeiten können. Auf der anderen Seite fehlen dem Staat Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben, wenn qualifizierte Arbeitskräfte zu Hause bleiben, weil sich das Arbeiten nicht lohnt. Das Defizit erstreckt sich in der Konsequenz in der Regel über die gesamte Erwerbsbiografie.

Wir sind neben Sachsen und Bayern das einzige Bundesland ohne (teilweise) kostenlose Kitagebühren, wobei Bayern hier zu Entlastung von Familien mit kleinen Kindern immerhin das Familiengeld eingeführt hat, um entweder die eingeschränkte Berufstätigkeit oder die Kitakosten etwas abzufedern.

Wir bitten Sie, sich dieser Thematik anzunehmen und hoffen, dass es einen breiten politischen Konsens zu diesem Thema geben wird.

Hochachtungsvoll  
Marlies Drissler  
PH-Fraktionssprecherin